



POSITIONSPAPIER

zur Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS)

Die Partner Verband Wohneigentum, NBqS und ASK-Biss bilden ein gemeinsames Aktionsbündnis, um in Niedersachsen die Straßenausbaubeitragssatzung (STRABS) landesweit abzuschaffen. Noch immer weigert sich die Landesregierung bzw. das Land Niedersachsen rechtliche Schritte in dieser Richtung zu unternehmen. Viele Kommunen erkannten schon die Ungerechtigkeit und strichen kurzerhand bestehende Straßenausbaubeitragssatzungen. Viele Bundesländer verzichten bereits auf Straßenausbaubeiträge, andere stellen die STRABS infrage.

Das Aktionsbündnis spiegelt ein breites Spektrum Betroffener aus ganz Niedersachsen. Mit diesem Positionspapier lenkt es den Blick auf weiter bestehende Ungerechtigkeiten.

Die Bündnispartner stellen fest:

- Viele Kommunen haben den Unterhalt der Straßen auf Kosten der Anlieger über Jahrzehnte vernachlässigt.
- Die Verkehrsinfrastruktur gehört in ihrer Gesamtheit zur öffentlichen Daseinsvorsorge.
- Straßenausbaubeiträge sind existenzgefährdend. Die Umsetzung der STRABS führt zu Ungerechtigkeiten und sozialen Härten.
- Aktuell werden Anlieger kommunaler Straßen gegenüber Anliegern an Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen benachteiligt, da diese keine Straßenausbaubeiträge bezahlen müssen.
- Die aktuelle Rechtslage sorgt für eine Steuerungleichheit in Niedersachsen und damit für ungleiche Lebensverhältnisse.

Forderungen der Partner:

- Die Rechtsgrundlage für die STRABS muss landesweit abgeschafft werden. Wiederkehrende Beiträge sind keine Alternative.
- Kommunale Verkehrsinfrastrukturen - dazu zählen auch öffentliche Straßen - müssen allein über Steuermittel finanziert werden. Dies gilt für die Herstellung, den Unterhalt und die Erneuerung.
- Anlieger dürfen nicht zusätzlich an den Kosten beteiligt werden.
- Anlieger an kommunalen Straßen müssen gleiche Zahlungen leisten wie Anlieger an Kreis-, Landes- oder Bundesstraßen. Ungleichbehandlungen müssen abgestellt werden.
- Das Land Niedersachsen steht in der Pflicht die Kommunen bei Einnahmeausfällen zur Erfüllung ihrer Pflichten mit genügend Mitteln auszustatten.

Argumente für eine Abschaffung von Straßenausbaubeiträgen:

- Anlieger haben durch eine Erneuerung der Straßen weder einen besonderen wirtschaftlichen noch einen anderen Vorteil. Der häufig zitierte „Nutzwertvorteil“ ist ein fiktives Konstrukt, damit Anlieger zur Zahlung herangezogen werden können.
- Die verbreitete Meinung in Politik und Rechtsprechung ist durch Gegenargumente widerlegt.
- Acht Bundesländer haben bereits die Straßenausbaubeiträge abgeschafft.
- Hannover als Landeshauptstadt hat die Sachlage erkannt und seine Satzung rückwirkend abgeschafft. Das Gleiche gilt für zahlreiche Gemeinden in Niedersachsen
- Die gesellschaftliche Akzeptanz ist nicht mehr gewährleistet.

Hannover, September 2019

